

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus\*

# Deutschlandprognose 2019/2020: Konjunktur ohne Schwung<sup>1</sup>

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt in einer Rezession. Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Allerdings mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt und tiefe Wertschöpfungsketten auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. Im laufenden Jahr wird mit einer Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,6% gerechnet. Unter der Annahme, dass die vielfältigen Abwärtsrisiken nicht eintreten, wird sich die Konjunktur im Jahr 2020 wieder etwas beschleunigen. Der Beschäftigungsaufbau wird sich in beiden Jahren deutlich verlangsamen.

## ZUR ENTWICKLUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Weltkonjunktur kühlt sich seit dem vergangenen Jahr ab. Dies spiegelt sich vor allem in einer Schwäche der Industrieproduktion wider, die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften besonders ausgeprägt ist. Zu Beginn dieses Jahres ist sie dort sogar gesunken. Bemerkenswert ist dabei die Entwicklung in den USA. Während die Produktion im vergangenen Jahr, wohl auch als Folge spürbarer Steuererleichterungen, noch lebhaft expandierte, fiel sie im ersten Quartal 2019 das erste Mal seit anderthalb Jahren. Hierzu dürften u. a. der Verwaltungsstillstand, die Kältewelle und der handelspolitische Konflikt zwischen den USA und China beigetragen haben. In Folge der Handelsstreitigkeiten ging auch in Japan die Produktion spürbar zurück. Dagegen legte die Produktion im Euroraum deutlich zu. Allerdings ist dies vor dem Hintergrund der zum Jahresende 2018 kräftig gefallenen Produktion zu bewerten, die im Zusammenhang mit den Problemen bei der Zertifizierung von Neuwagen stand. Viele Zentralbanken reagierten auf die konjunkturelle Abschwächung mit einer Ausweitung ihres expansiven Kurses. Auch die Finanzpolitik bleibt weltweit tendenziell expansiv ausgerichtet.

Die Industrieschwäche in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde erneut von einem Rückgang des Welthandels begleitet. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China führte nicht nur dazu, dass sich der Handel zwischen diesen beiden Ländern drastisch reduzierte, sondern überträgt sich mittlerweile auch auf den Warenaustausch anderer Länder. Dagegen expandierte der Handel des Vereinigten Königreichs lebhaft. Dies dürfte aber im Zusammenhang mit dem verstärkten Lageraufbau stehen, der eine Folge des wahrscheinlicher werdenden harten Brexit sein dürfte. Ungeachtet der sich abschwächenden Industriekonjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Konjunktur in den dortigen Dienstleistungsbereichen noch immer dynamisch. Diese wird weiterhin durch einen stetigen Beschäftigungsauf-

bau, kräftige Lohnzuwächse und steigende Konsumausgaben beflügelt.

Die insgesamt schwache konjunkturelle Grundtendenz wurde im ersten Quartal 2019 allerdings durch einen überraschend starken Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Welt überdeckt. Während die Schwellenländer eher verhalten expandierten, legte die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kräftiger zu als es die Frühindikatoren nahegelegt hatten. Die Gründe hierfür sind zum Teil auf den Handelskonflikt zurückzuführen, zum Teil sind sie aber auch länderspezifisch.

Die Mehrheit der weltweiten Stimmungsindikatoren ist abwärtsgerichtet. Einzig die Stimmung unter den Konsumenten bleibt weiterhin optimistisch. Vor diesem Hintergrund dürfte die gesamtwirtschaftliche Weltproduktion im Prognosezeitraum nur moderat expandieren. Die bereits eingeführten Handelsbeschränkungen zwischen den USA und China sowie die Unsicherheit über die Einführung weiterer Zölle dämpfen die Handelsaktivität und senken die Investitionsbereitschaft. Auch die positiven Impulse der US-Steuerreform werden in diesem Jahr auslaufen. Darüber hinaus stellt der weiterhin unklare Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU einen Belastungsfaktor insb. für die britische Wirtschaft dar. Dagegen dürften die weiterhin deutlichen Einkommenszuwächse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften für einen lebhaften Konsum sorgen, so dass die Aktivität in großen Teilen des Dienstleistungssektors weiter zulegt. In den Schwellenländern dürften die Expansionsraten weiter stabil bleiben.

Insgesamt wird das BIP der Welt in diesem Jahr voraussichtlich um 2,7% und im kommenden Jahr um 2,6% zulegen. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose 2019 wurden die Zuwachsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

aufgrund des starken ersten Quartals nach oben revidiert. Dagegen wurden die Raten für die Schwellenländer nach unten korrigiert. Der Welthandel dürfte im Angesicht des Handelskonflikts in diesem Jahr lediglich moderat mit einer preisbereinigten Rate von 0,6% zulegen. Im Einklang mit der Dynamik der Weltproduktion wird der Handel im nächsten Jahr dann wohl um 3,0% expandieren.

Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte im laufenden Jahr mit 1,6% niedriger liegen als im Jahr 2018 (2,0%), was vor allem eine Folge der zu Jahresbeginn 2019 deutlich niedrigeren Rohölpreise ist. Angesichts zunehmender Arbeitskräfteknappheiten in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte es über höhere Lohnzahlungen zu einem leicht beschleunigten Aufwärtsdruck auf die Preise im Jahr 2020 kommen. In den Schwellenländern werden die Verbraucherpreise im laufenden und kommenden Jahr ähnlich stark anziehen wie im vergangenen Jahr.

## ZUR ENTWICKLUNG IM EURORAUM

Die Wirtschaft im Euroraum legte im ersten Quartal 2019 mit 0,4% gegenüber dem Vorquartal überraschend kräftig zu. Während die Wertschöpfung im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe stagnierte, expandierten vor allem die binnenorientierten Dienstleistungssektoren und die Bauwirtschaft. Zu dieser guten Entwicklung trugen mehrere Faktoren bei. Neben einer günstigen Witterung, von der die Bauwirtschaft profitierte, dürfte eine dynamische Realeinkommensentwicklung der privaten Haushalte in Folge höherer Beschäftigung, kräftiger Lohnanstiege und im Verlauf annähernd stagnierender Verbraucherpreise die Kaufkraft gestützt haben. Zudem kam es zu einem kräftigen Aufholeffekt bei den Kfz-Zulassungen, nachdem sie im Herbst 2018 wegen der Probleme bei der Umstellung auf den neuen Abgas-Teststandard WLTP eingebrochen waren.

Die Erholung zu Jahresbeginn überzeichnet allerdings die schwache konjunkturelle Grundtendenz im Euroraum, die seit dem vergangenen Jahr zu beobachten ist. Auffällig ist dabei eine seit Ende 2017 auseinanderlaufende Entwicklung zwischen den Wirtschaftsbereichen. Während die nominalen Umsätze im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe weitgehend stagnierten, verzeichneten die eher binnenorientierten Dienstleistungsbereiche eine stetige Ausweitung ihrer Umsätze.

Die jüngsten Daten zur Erwerbstätigkeit deuten auf eine weiterhin robuste Lage am Arbeitsmarkt hin. Dagegen hat die Inflationsdynamik seit Ende letzten Jahres nachgelassen. Dabei spielen die niedrigeren Energiepreise eine wesentliche Rolle. Die Kerninflationsrate, die den Anstieg der Verbraucherpreise ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelkomponenten misst, verharrt schon seit langem bei knapp über 1%. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren geldpolitischen Kurs in den vergangenen Monaten weiter gelockert. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Finanzpolitik im Euroraum im laufenden Jahr voraussichtlich etwas expansiver ausgerichtet sein.

Das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Leistung des Euroraums dürfte im zweiten Quartal etwas schwächer ausfallen als zu Beginn dieses Jahres, was insb. der Ent-

wicklung im Bausektor und beim Export geschuldet ist. Ab dem zweiten Halbjahr wird sich die konjunkturelle Dynamik wieder leicht verstärken, wenn sich der Industriesektor neben dem weiterhin stabilen Dienstleistungssektor langsam erholt. Dafür sprechen u. a. die zuletzt gestiegenen Produktionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Insgesamt dürfte das preisbereinigte BIP im Euroraum in diesem Jahr um 1,2% und im nächsten Jahr um 1,5% zunehmen. Damit dürften die Kapazitäten im Prognosezeitraum weitgehend normal ausgelastet bleiben.

Von den vier größten Ländern des Euroraums wird im laufenden Jahr wohl Spanien erneut am kräftigsten expandieren, gefolgt von Frankreich. In Deutschland und Italien wird die Wirtschaft voraussichtlich nur schwach zulegen können. Während sich das Expansionstempo in Spanien und Frankreich im nächsten Jahr leicht verlangsamen dürfte, wird für Deutschland wieder ein stärkeres Wachstum erwartet. Italien wird auf niedrigerem Niveau wohl ebenfalls etwas kräftiger expandieren. Im Vergleich zur ifo Frühjahrsprognose 2019 wurde die Expansion des realen BIP im Euroraum für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Dies ist vor allem auf das erste Quartal 2019 zurückzuführen, das besser als erwartet ausfiel.

Im Einklang mit der schwächeren Entwicklung der Wirtschaftsleistung dürfte auch die Arbeitslosigkeit langsamer zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr voraussichtlich auf 7,6% und im kommenden Jahr auf 7,4% sinken. Dabei verringern sich allmählich auch die markanten Niveauunterschiede zwischen den Ländern des Euroraums.

Auch die Inflation wird wohl gegenüber dem Vorjahr an Dynamik verlieren. In diesem Jahr dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise 1,3% betragen und im kommenden Jahr leicht auf 1,5% zunehmen. Die Kerninflationsrate wird sich wohl auch in diesem Jahr knapp über der 1%-Marke bewegen und im nächsten Jahr nur moderat auf 1,4% steigen.

## INTERNATIONALE RISIKEN

Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren weiterhin die Chancen. Insb. ist eine Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China nach dem Scheitern der Handelsgespräche Anfang Mai wahrscheinlicher geworden. Die USA setzten den chinesischen Konzern Huawei auf eine schwarze Liste. Daraufhin reagierte China mit der Andeutung, es könne die Ausfuhr von Seltenen Erden beschränken, die in vielen Rüstungs- und Konsumgütern enthalten ist. China kontrolliert weltweit den Großteil dieses Rohstoffes und verfügt über die Mehrzahl der für die Verarbeitung des Rohstoffes notwendigen Anlagen. Der US-Präsident hat darauf mit der Androhung weiterer Zollerhöhungen für chinesische Waren im Wert von 300 Mrd. US-Dollar reagiert.

Aber auch andere Länder stehen nach wie vor im Visier der amerikanischen Handelspolitik. Mexiko konnte zwar vorläufig verhindern, dass die USA Zölle auf alle Einfuhren aus Mexiko erheben. Das Risiko bleibt aber dennoch, dass auch dieser Konflikt durch die USA wieder aufgebrochen wird. Auch der Beschluss der US-Regierung, die Entscheidung über die Einführung von Autozöllen gegenüber der EU um weitere 180 Tage zu verschieben (die erste Frist für die Entscheidung

lief Mitte Mai aus), bedeutet keine Entwarnung. Dieser Handelsstreit dürfte im Herbst wieder aktuell werden. Sollten die Importzölle für die Automobile aus der EU tatsächlich eingeführt werden, würde dies einen deutlichen negativen Einfluss auf die europäischen Exporte in die USA haben. Vor allem die deutsche Autoindustrie wäre hiervon betroffen. In den nächsten Monaten gibt es aber auch die Möglichkeit, für Entspannung in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA zu sorgen. Der EU-Kommission wurde ein Mandat erteilt, den Handel mit Industriegütern zwischen der EU und den USA neu zu verhandeln. Ein Freihandelsabkommen könnte Handelshemmnisse auf beiden Seiten des Atlantiks abbauen und so den Warenaustausch ankurbeln.

Auch der von China eingeschlagene konjunkturelle Pfad und dessen Auswirkungen auf die Finanzstabilität Chinas sind unklar. Die Erfahrungen des Winterhalbjahrs 2018/2019 zeigen, dass restriktivere Politikmaßnahmen, wie der Versuch, die Expansion des Schattenbankensektors zu dämpfen, die chinesische Konjunktur sehr schnell und deutlich belasten und China die Zügel wieder lockert. Dadurch würde aber wieder die Kreditvergabe des nicht-regulierten Schattenbankensektors steigen, die potenziell mit einer höheren Risikobereitschaft von Gläubigern und Schuldern einhergehen könnte. Der bereits sehr hohe Verschuldungsgrad des nicht-finanziellen Sektors würde weiter zunehmen und die Gefahr einer Neubewertung der Risiken mit plötzlichen starken Verkäufen bestimmter Finanzanlagen steigen. Ein Ende einer solchen Politik der Rücknahme und Lockerung ist nicht abzusehen und birgt Risiken für die Finanzstabilität Chinas.

In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Verschuldung von nicht-finanziellen Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Der Verschuldungsanstieg ergab sich insb. durch die Neuemission von Anleihen. Ein immer größer werdender Anteil dieser Anleihen wird dabei gerade noch mit Investment Grade bewertet. Sollte sich die Konjunktur und damit die Ertragsaussichten dieser Unternehmen stärker abschwächen als erwartet, könnten viele dieser Anleihen auf Non-Investment Grade abgewertet werden und institutionelle Investoren müssten sie aufgrund von Regulierungsvorschriften abstoßen, was Preisverfälle auf Anleihenmärkten und möglicherweise Neubewertungen weiterer Assetklassen nach sich ziehen könnte.

Der Mitte Mai einsetzende kräftige Rückgang der Rohölpreise zeigt das Spannungsfeld, in dem sich der Ölmarkt derzeit befindet. Einerseits gibt es mehrere angebotsseitige Faktoren, die einen Aufwärtsdruck auf die Preise bewirken sollten. Dazu zählen sowohl die Ungewissheit im Hinblick auf den Fortbestand des Atomabkommens mit dem Iran und die Bereitschaft Saudi-Arabiens, das iranische Rohöl am Weltmarkt zu ersetzen, als auch die Sorge, dass die Ölförderung Venezuelas aufgrund einer maroden Infrastruktur immer häufiger unterbrochen wird. Andererseits könnte die weltweite Konjunktur, auch infolge des Handelskonflikts, deutlich schwächer ausfallen und damit den Rohölpreis dämpfen.

Auch der nach wie vor geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ist ein Risiko für die Prognose. Nach der Verschiebung des Austrittsdatums sollte der Brexit spätestens bis Ende Oktober dieses Jahres stattfinden. Aktuell stehen allerdings alle Verhandlungen still, da zunächst ein

neuer Premierminister bzw. eine neue Premierministerin gewählt werden soll.

Ein weiteres Risiko stellt die Haushaltslage Italiens dar. Wenn der Streit mit der Europäischen Kommission wieder aufblammen sollte, könnte dies negative Auswirkungen auf die ohnehin schwache konjunkturelle Dynamik in dem südeuropäischen Land haben. Sollten die Risikoprämien für die italienischen Schuldtitel (deutlich) steigen, könnte dies die Stabilität des italienischen Bankensystems bedrohen und damit die Kreditvergabebereitschaft der italienischen Banken einschränken. Da italienische Geschäftsbanken Ende 2018 mit 353 Mrd. Euro etwa 18% der ausstehenden italienischen Staatsanleihen hielten, wären die mit einem kräftigen Kursverfall verbundenen Verluste bedrohlich. Doch auch französische und spanische Geschäftsbanken halten beträchtliche Forderungen gegenüber dem italienischen Staat (55 bzw. 40 Mrd. Euro). Daher könnte es auch zu Übertragungseffekten auf die Bankensysteme anderer Euroländer kommen.

## ZUR DEUTSCHEN KONJUNKTUR

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, die ihren Hochpunkt im Boomjahr 2017 erreicht hat, wird allmählich abgebaut. Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt seit Mitte letzten Jahres in einer Rezession. Wirtschaftspolitiken, die über Abschottung, Sanktionen und Androhungen versuchen, die globalisierte Wirtschaftsordnung zu verändern, haben die Verunsicherung weltweit steigen, die Industriekonjunktur abkühlen und den Welthandel einbrechen lassen. Hinzu kamen gravierende Probleme der deutschen Automobilindustrie mit der Zertifizierung von Neuwagen nach dem neuen Abgastestverfahren WLTP, die seit dem letzten Sommer zu stark schwankenden Produktions- und Absatzzahlen führten.

Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Zunehmende Beschäftigung, hohe Tarifabschlüsse, Steuer- und Abgabentlastungen, steigende Transfereinkommen und niedrige Zinsen beflügeln die Nachfrage nach Konsumgütern, konsumnahen Dienstleistungen und Wohnbauten und damit die Wertschöpfung in diesen Wirtschaftsbereichen. Dennoch mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. So kam der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe zum Erliegen, und auch in den Dienstleistungsbereichen gehen die Zuwächse langsam zurück. Gleichzeitig trübt sich die Stimmung unter den Dienstleistungsunternehmen seit geraumer Zeit ein.

Die zusammengenommen schwache konjunkturelle Grundtendenz wurde zu Jahresbeginn von einem unerwartet deutlichen Anstieg des realen BIP verdeckt. Während die Gesamtschau der konjunkturellen Frühindikatoren auf eine weiterhin gedämpfte Dynamik hindeutete, schlug vor allem der Absatz von Kraftfahrzeugen, der im Schlussquartal 2018 infolge der WLTP-Problematik eingebrochen war, kräftiger als

erwartet zu Buche. Dadurch kam es verwendungsseitig sowohl bei den privaten Konsumausgaben als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zu starken Nachholeffekten; entstehungsseitig profitierten der Handel und die bei den Unternehmensdienstleistern angesiedelten Leasingfirmen. Schließlich sorgten auch die im Vorquartalsvergleich überraschend stabilen Konsumentenpreise für ein kräftiges Kaufkraftplus.

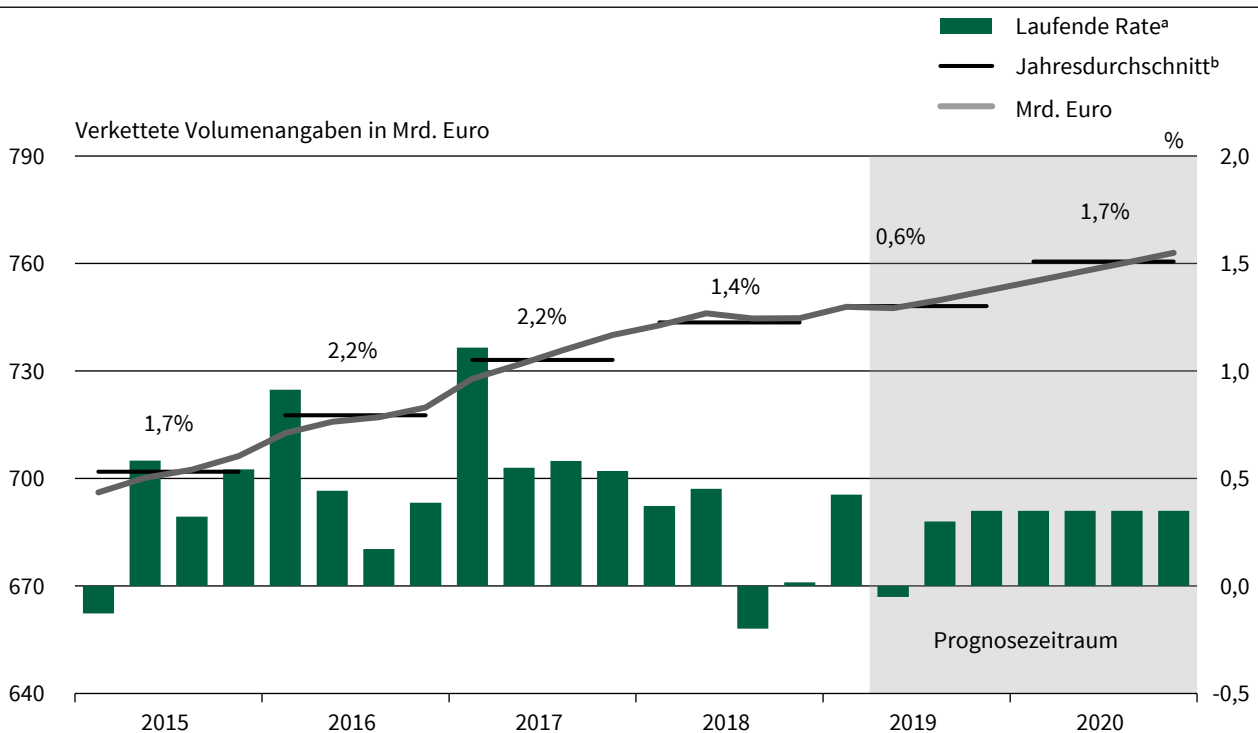
Die hohe gesamtwirtschaftliche Schlagzahl der deutschen Wirtschaft zu Jahresbeginn dürfte im zweiten Quartal 2019 nicht zu halten sein. Zum einen dürfte das Auslaufen des Sondereffekts dazu führen, dass die privaten Konsumausgaben, aufgrund der kräftigen Ausweitung zu Jahresbeginn, nunmehr im zweiten Quartal als konjunkturelle Triebkraft fehlen, worauf die rückläufigen realen Einzelhandelsumsätze im April hindeuten. Zusätzlich wird der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremsen, da insb. die realen Ausfuhren im April 2019 einen erheblichen Dämpfer hinnehmen mussten. Zum anderen befindet sich die deutsche Industrie in der Rezession und auch für das zweite Quartal des laufenden Jahres ist keine Besserung in Sicht, was die jüngsten Zahlen zur Industrieproduktion nahelegen. Im April 2019 ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 2,5% unter den Wert des Vormonats gefallen. Das zu erwartende Minus bei der industriellen Wertschöpfung ist im zweiten Quartal 2019 aller Voraussicht nach nicht mehr von einem Plus in den übrigen Wirtschaftsbereichen überkompensiert worden, zumal die Schwäche im industriellen Kern auch auf andere Bereiche ausgestrahlt haben dürfte. Deutlich wird die langsamere

Gangart der deutschen Wirtschaft mit Blick auf das ifo Geschäftsklima Deutschland, welches sich nunmehr kontinuierlich seit Jahresmitte 2018 eintrübt. Daher dürfte das preisbereinigte BIP im zweiten Vierteljahr 2019 mit -0,1% sogar gesunken sein (vgl. Abb. 1).

Im weiteren Jahresverlauf 2019 dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Produktionszuwachs mit 0,3% wieder beschleunigen. Die deutsche Industrie dürfte nur allmählich aus der Rezession kommen und auch die Gangart in den Dienstleistungsbereichen dürfte sich etwas verlangsamen. Der Zuwachs bei den privaten Konsumausgaben dürfte sich fortsetzen, wozu der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die zu erwartenden Realeinkommensgewinne positiv beitragen werden. Vom Außenhandel dürfte nur ein marginal positiver Beitrag ausgehen und auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ist eher mit einer moderaten Gangart zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2019 wird das preisbereinigte BIP voraussichtlich um 0,6%, nach 1,4% im Vorjahr, expandieren (vgl. Tab. 1); der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft wird damit spürbar abnehmen. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Grunddynamik im Vergleich zu 2019 wieder etwas beschleunigen. Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate fällt mit 1,7% recht kräftig aus, wozu ein spürbarer Kalendereffekt von 0,4% beiträgt.

In Folge der deutlich weniger dynamischen Produktionsentwicklung dürfte sich der Beschäftigungsaufbau abschwächen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2019 mit voraussichtlich 433 000 Personen weniger stark zunehmen als im Vorjahr. Im Jahr 2020 dürfte

**Abb. 1**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2019: Prognose des Instituts.

© ifo Institut

**Tab. 1**  
**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2017	2018	2019	2020
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %<sup>a</sup></b>				
Private Konsumausgaben	1,8	1,1	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,0	1,6	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	2,6	3,0	2,8
Ausrüstungen	3,7	4,2	2,4	3,1
Bauten	2,9	2,4	4,4	3,0
Sonstige Anlagen	1,3	0,4	0,2	1,7
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,2	1,7
Exporte	4,6	2,0	1,3	3,8
Importe	4,8	3,3	2,8	4,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,2	1,4	0,6	1,7
Erwerbstätige <sup>b</sup> (in 1 000 Personen)	44 269	44 841	45 274	45 521
Arbeitslose (in 1 000 Personen)	2 533	2 340	2 247	2 188
Arbeitslosenquote BA <sup>c</sup> (in %)	5,7	5,2	4,9	4,8
Verbraucherpreise <sup>d</sup>	1,5	1,8	1,5	1,8
<i>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)</i>				
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	1,5	2,6	3,5	1,3
<i>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)</i>				
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f</sup>				
in Mrd. Euro	34,0	57,3	48,7	31,7
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,0	1,7	1,4	0,9
Leistungsbilanzsaldo				
in Mrd. Euro	261,9	246,2	243,0	251,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	8,0	7,3	7,0	6,9

a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2019 bis 2020 Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

der Zuwachs noch ca. 247 000 Personen betragen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im laufenden und im kommenden Jahr nur noch um 93 000 bzw. 59 000 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) wird im Prognosezeitraum von voraussichtlich 4,9% auf 4,8% sinken (vgl. Tab. 1).

Die Verbraucherpreise dürften im Durchschnitt des laufenden Jahres um 1,5% steigen. Binnenwirtschaftlich dürften die Unternehmen den Lohnkostenschub, der insb. durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgelöst wurde, nach und nach an die Verbraucher weitergeben. Zudem ist der gesetzliche Mindestlohn erhöht worden. Im nächsten Jahr dürfte sich die Inflationsrate, im Einklang mit der besseren Konjunktur, auf 1,8% beschleunigen. Die Effektivlöhne dürften im Prognosezeitraum stärker steigen als die Tarifverdienste. Die positive Lohndrift ist insb. Ausdruck für die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften, welche Arbeitgeber dazu veranlasst, höhere Löhne zu bezahlen, um freie Stellen besetzen und bestehendes Personal halten zu können. Damit werden die tatsächlich gezahlten Verdienste je Arbeitnehmer im laufenden und im kommenden Jahr voraussichtlich um 3,0% bzw. 2,5% zuneh-

men und somit um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte stärker steigen als die Tariflöhne.

Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Dazu tragen insb. die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, die Ausweitung der Mütterrente in der ersten Jahreshälfte und das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz bei. Es wird erwartet, dass sich der Finanzierungsüberschuss im Jahr 2019 auf rund 49 Mrd. Euro bzw. 1,4% in Relation zum BIP beläuft und sich damit weiterhin Überschüsse in ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr realisieren. Der Expansionsgrad dürfte im Jahr 2020 zurückgehen und insgesamt schwächer ausfallen. Positive Impulse sind vor allem aus den Entlastungen bei der Einkommensteuer sowie durch die Ausweitung der investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften zu erwarten. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss wird im Jahr 2020 voraussichtlich rund 32 Mrd. Euro bzw. 0,9% in Relation zum BIP betragen.

1 Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2019, vgl. Wollmershäuser, T. et al. (2019), „ifo Konjunkturprognose Sommer 2019: Deutsche Konjunktur ohne Schwung“, ifo Schnelldienst, (72) 12, S. 25-78.